

Kurzausflug in die Verfassungsjuristerei

Stadtrat diskutierte über Ausbau der Bürgerbeteiligung und verabschiedete Doppelhaushalt

VON CARSTEN SCHULTZ

Königswinter. Einen kurzen Ausflug aus den Niederungen der Kommunalpolitik in die Höhen der Verfassungsjuristerei unternahm der Königswinterer Stadtrat in seiner Sitzung am Montagabend. Da stellte sich zwischen durch die Frage, ob mit Blick auf den – von allen Fraktionen im Grunde gewollten – Ausbau der Bürgerbeteiligung nun eher Artikel 21 des Grundgesetzes (Rolle der Parteien im Staat) bemüht werden sollte oder doch eher Artikel 17 (Petitionsrecht). Norbert Mahlberg (CDU) und Björn Seelbach (SPD) unternahmen diesen Ausflug, als der Antrag der Königswinterer Wählerinitiative (Köwi) beraten wurde, 30 000 Euro für eine halbe Stabsstelle „Bürgerbeteiligung“ im Doppelhaushalt 2019/2020 einzuplanen.

Um es vorweg zu nehmen: Die Koalition aus CDU, FDP und Grüner Alternative (GAK) bremste diesen Wunsch nach mehr Personal aus, weil die Idee „noch nicht ausgegoren“ sei, wie Norbert Mahlberg meinte. Für eine

stärkere Bürgerbeteiligung, die sich die Köwis auf die Fahnen geschrieben haben (die Rundschau berichtete), sprachen sich zwar alle Fraktionen aus. Man müsse jedoch zunächst „langsam in ein Konzept einsteigen“, betonte Jo-

“In den kommenden zwei Jahren sind allein Investitionen in einer Höhe von mehr als 35 Millionen Euro in die städtische Infrastruktur geplant.“

Erklärung der Jamaika-Koalition zum Haushalt.

sef Griese (CDU). Dessen Erarbeitung werde lange dauern. Daher sei es zu früh, jetzt schon eine Stelle einzuplanen. Die von den Köwis als Vorbild genannte Stadt Solingen habe Jahre gebraucht, um die stärkere Bürgerbeteiligung zu organisieren.

Lutz Wagner (Köwi), freute sich zwar über die grundsätzlich positiven Signale zum Mehr an Bürgerbeteiligung, aber die Einplanung der 30 000 Euro mit

Sperrvermerk sei jetzt schon sinnvoll, weil der Rat einen Doppelhaushalt für 2019 und 2020 beschliesse. „Wir wollen nicht bis nach der Kommunalwahl warten“, sagte Wagner und kündigte für die nächsten Monate einen konkreten Antrag an.

Auch der Kompromissvorschlag von Bürgermeister Peter Wirtz, erst in die Erarbeitung eines Konzeptes einzusteigen und später wenn nötig den Stellenplan zu ändern, zog nicht, weil die Köwis auf ihrer Forderung bestanden: Mit 26 Stimmen der Koalition und 21 Stimmen von Köwi und SPD (bei drei Enthaltungen) fiel der Vorschlag durch.

Nach den ausführlichen Haushaltsberatungen im Dezember im Hauptausschuss (wir berichteten) war beim „Nachklapp“ im Stadtrat die Bürgerbeteiligung der einzige Punkt, der noch für längere Diskussionen sorgte. Am Ende wurde der Doppelhaushalt, der jeweils um die 105 Millionen Euro an Aufwendungen vorsieht, mit den Stimmen der Koalition und der SPD beschlossen. Die Köwis und Stadtratmitglied Andreas Danne

Grundsteuer

Ein Versehen bei der Abstimmung zur Höhe der Grundsteuer B im Dezember im Hauptausschuss hat der Stadtrat korrigiert: Der Ausschuss hatte entschieden, den Hebesatz 2019 um 30 Punkte zu erhöhen statt der eigentlich „nur“ geplanten 15 Punkte. Jetzt soll es bei dem leichteren Anstieg bleiben, der rund 240 000 Euro mehr in die städtischen Kassen bringt.

(Linke) lehnten das Zahlenwerk ab.

„In den kommenden zwei Jahren sind allein Investitionen in einer Höhe von mehr als 35 Millionen Euro in die städtische Infrastruktur geplant“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme der Koalitionäre Josef Griese (CDU), Claudia Owczarczak (GAK) und Bruno Gola (FDP), die ebenso zu Protokoll gegeben wurde wie die Haushaltsreden von Jürgen Kusserow (SPD), Lutz Wagner (Köwi) und Andreas

Insgesamt kalkuliert die Stadt mit rund 8,5 Millionen Euro an Einnahmen durch die Grundsteuer B, die Eigentümer auf die Miete umlegen können. Der Forderung der CDU, die 15-Punkte-Anhebung jeweils auch für 2020 und 2021 vorzusehen, widersprach der Koalitionspartner FDP: „Das ist deutlich verfrüht. Die Einnahmesituation der Stadt ist derzeit nicht so schlecht.“ (csc)

Danne (Linke). Die Investitionen zählte Jamaika gleich mit auf: Sie flößen in das Hallenband, in die Kindergärten, in das Rettungswesen, in die Feuerwehr, in die Schulen, in die Sporteinrichtungen, in die kommunalen Immobilien und Straßen – und damit „direkt in die Daseinsvorsorge“ für die Bürger der Stadt.

Jürgen Kusserow wies darauf hin, dass Vorschläge der SPD aufgegriffen worden seien, darunter die Bereitschaft zu Ge-

sprächen über eine Entlastung untererer und mittlerer Einkommen bei den Kindergartenbeiträgen oder der Einstieg in die papierlose Ratsarbeit. Ausdrücklich betonte der Sozialdemokrat jedoch, dass das „Ja“ zum Haushalt keinesfalls eine Zustimmung zum Neubau des Hallenbades bedeute.

Auch Lutz Wagner erinnerte daran, dass seine Fraktion für die Bad-Sanierung statt eines Neubaus gewesen sei. Er sei gespannt auf das Ausschreibungsergebnis „für dieses kostspielige Projekt“. Ein weiterer Grund für das „Nein“ zum Doppelhaushalt sei der Standort für den Neubau der Rettungswache in Oberpleis. „Angesichts knappen preiswerten Wohnraums war es eine falsche Entscheidung, aktuell genutzte Mehrparteien-Immobilien abzureißen.“

Andres Danne erklärte, seine Vorschläge – darunter Streichung der Parkgebühren in der Altstadt oder eine höhere Gewerbesteuer – hätten unter dem Strich ein Einsparvolumen von rund 500 000 Euro für die nächsten Jahre bringen können.